

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt WK

Erweitert täglich zwei Mal, Sonntag, Freitag und Montag einmal. Abonnementspreise: In und außer Reichweite...
Verleger: Otto Neuschäfer

Abnehmer: Berlin, Prenzlauer Berg, Postamt 1, Postfach 100, 1013; Charlottenburg, Postamt 1, Postfach 100, 1015; ...
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin W.

Die Umbildung des Preußentabinetts gescheitert.

Ergebnislose und unzulängliche Verhandlungen.
Heber die interfraktionelle Sitzung, die im Abgeordnetenhause unter Vorsitz des Landtagspräsidenten Heinert stattfand, wird mitgeteilt:
Auf Einladung des Präsidenten des preussischen Landtags fand am Donnerstag nachmittag eine Verhandlung zwischen den früheren Koalitionsparteien, Sozialdemokratische, Zentrum und Demokraten, statt. Gegenstand der Verhandlung war eine Ausrede über die etwaige Neubildung der preussischen Regierung. Nach zweieinhalbstündiger Beratung war festzustellen, dass eine Hebererklärung einflusslos nicht erreicht werden könnte. Die Besprechungen sollen zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

das Moment der persönlichen Beleibung ausschaltete und nur den objektiven Inhalt der Besprechung ausstrahlte.

Als allgemeine politische Orientierung hielten jedoch Zentrum und Demokraten daran fest, daß die Neubildung der preussischen Regierung nur auf der Basis der dritten Koalition, das heißt unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, stattfinden könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Gedanke abgelehnt; es könne sich jetzt lediglich darum handeln, daß die Sozialdemokraten mit der preussischen Regierung einträte und damit Preußen eine Regierung habe, welche die gleiche Tendenz und die gleiche Zusammensetzung hätte, wie das Kabinett Dr. Brüning im Reich. Eine Vereinigung der verbleibenden Standpunkte war nicht zu finden. Präsident Heinert schlug vor, vorläufig eine Regierung der alten Koalition zu bilden und nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Auch dieser Vorschlag wurde vom Zentrum und den Demokraten abgelehnt. Unter diesen Umständen ging die interfraktionelle Besprechung gänzlich ergebnislos auseinander, und es ist nicht anzunehmen, daß vor dem nächsten Zusammentritt des Landtags Ende September noch irgendwelche weiteren Schritte zur Umbildung der preussischen Regierung unternommen werden.

Wie A. H. N. weiter hören, hat Präsident Heinert dem Ministerpräsidenten Siegelwald Mitteilung davon gemacht, daß der Versuch, zu dem Stögerwald ihn angefragt habe, gescheitert sei. Auch Stögerwald habe sich daraufhin einberufen erklärt, daß Präsident Heinert seine Mission als beendet ansehe und vorläufig keine weiteren Schritte unternimmt.
An der Konferenz habe außer dem Emdener, dem Landtagspräsidenten Heinert, teilgenommen vom Zentrum die Abgeordneten Verel, Böhler und Stöcker, von der Sozialdemokratie die Abgeordneten Biering, Simberg und Bartel, von den Demokraten die Abgeordneten Deier, Schreiber und Janßen-Börde.

Das Ergebnis ist ebenso mißrätlich wie das Deutsch, in dem die offizielle Mitteilung abgefaßt ist.

Heber den Verlauf der interfraktionellen Besprechung erfahren die A. H. N. noch folgende Einzelheiten: Nachdem Landtagspräsident Heinert unter Hinweis auf die jüngsten politischen Ereignisse und eine Anregung des Ministerpräsidenten Siegelwald die Einberufung der Besprechung begründet habe, wurde leitend des Zentrums zunächst die Forderung erhoben, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Biering, den Vorsitz übernehmen, den er bei der Bildung des Kabinetts Stögerwald gegen die Interessen der Zentrum und der Demokraten erhoben habe, nämlich daß das Kabinett Stögerwald aus Fortschritt und Zentrum hervorgegangen sei. Abgeordneter Biering bedauerte, zu einem solchen Vorhaben in der Lage zu sein, da die aufgesetzte Besprechung seiner festen und unabwehrbaren Überzeugung entspräche, wohl aber sei er bereit, gemeinsam mit den Herren von den anderen Parteien eine geeignete Form zu erfinden, um zu suchen, welche

Der Stand der Ortsklasseneinteilung.

von C. Dellus, R. d. R.

Die Frage der endgültigen Ortsklasseneinteilung ist nicht nur für die gesamte Arbeitnehmererschaft einschließlich der Beamten, sondern auch für Kriegesbeschädigte, Anwärter, Witwen und Waisen, und nicht zuletzt für die gesamte Arbeitgebererschaft von großer Bedeutung. Es dürfte daher erwähnt sein, einen furs geliebten Leserbrief über die bisherigen Maßnahmen in dieser Angelegenheit und über ihren gegenwärtigen Stand zu geben.

Ursprünglich gab es sechs Ortsklassen (Gesetz von 1878). Sie waren gebildet auf Grund der Mietpreise. Steuern und Lebensmittelpreise wurden nur ganz nebensächlich in Betracht gezogen. 1903 wurde die sechste Klasse beibehalten. Der Wunsch der Beamten, für die zunächst allein die Ortsklassen allein Bedeutung haben, weil nach ihnen der Wohnungsgeldzuschuß bemessen wurde, ging dahin, nicht nur die Mietpreise, sondern auch bei sonstigen Leuerungen, und Steuerbefreiungen zu berücksichtigen. An Stelle des Wohnungsgeldzuschusses verlangte man sogenannte „Ortszulagen“, d. h. d. h. zu bemerken, daß die Lehrer den vollen Betrag für die Wohnung als „Wohnungsgeld“ erhalten. Für die unvertehrten Lehrer war der Zuschuß gestiegen. 1908 fand eine Revision des Gesetzes von 1878 statt. Der Wunsch der Beamten blieb unberücksichtigt. Bezüglich die Durchschlagspreise der Beamtenwohnungen (Dreiwohnungswohnung für mittlere Beamten) galten als Maßstab. Auf Grund dieser Ermittlungen fand eine anderweitige Einteilung innerhalb der fünf Ortsklassen statt. Preußen regelte zunächst 1908 provisorisch die Angelegenheit, und aber keine günstiger Befragung zugunsten der reichspreussischen Regelung 1910 wieder preis.

Als man Anfang 1919 die während des Krieges eingeführten „Leuerungszulagen“ bedeutend erhöhte, schuf man drei Leuerungsklassen: besonders teure, teure und weniger teure Orte. Nach diesem Schema wurden die Zulagen abgemittelt. Daneben bestanden die Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten und die Wohnungsgelder für die Lehrer nach den bisherigen fünf Ortsklassen weiter.

Erst die neue Besoldungsregelung (Besoldungsgesetz, Mai 1920) machte den unübersichtlichen Zustand ein Ende. Es wurden nun die „Ortszulagen“ eingeführt, und zwar auf Grund der Ortsklasseneinteilung von 1908. Zugleich wurden die Statistischen Ämter der Länder beauftragt, Ermittlungen für ein neues Ortsklassengesetz anzustellen, das ebenfalls auf Grund der Ortsklasseneinteilung von 1908, in der Besoldungsausführung der Nationalversammlung veranlaßt drei Ortsklassen auf Grund der drei Leuerungsklassen, Er fand gegen Deutschland, Zentrum und Sozialdemokraten keine Annahme. Das war eine schwere Schädigung für die Beamten. Die Ermittlungen stützten sich auf Leuerungszulagen der notwendigen Lebensmittel (nicht der Gebrauchsgüter, wie Kleidung und Schuhe), der Mietpreise und der Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung. Alles übrige blieb außer Anschlag. Die Erhebungen haben nur für Gemeinden mit über zehntausend Einwohnern stattgefunden. Sie erstreckten sich auf die Monate Februar bis November 1920 und sind bis in die neueste Zeit fortgesetzt worden.

Womog wurden eine Anzahl größerer Orte bereits im Dezember 1920 mit Wirkung vom 1. April 1920 in höhere Klassen eingereiht.
Zu Beginn dieses Jahres zeigte sich nun, daß die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten und daß die Vorarbeiten für ein neues Ortsklassengesetz noch längere Zeit beanspruchen würden. Man entschloß sich deshalb zu einer „vorläufigen Regelung“. Alle Orte, deren Adressierung ungewissheit seitlang, wurden entsprechend höher eingereiht, es waren rund 7000 Orte mit Hunderttausenden von Beamten. Die vorläufige Regelung basierte auf den Vorschlägen des Statistischen Reichsamts. Der Reichstag hat sich auf eine Einzelberatung gar nicht eingelassen, sondern die im Reichsrat genau vorbereiteten Vorschläge unverändert zum Gesetz erhoben. Neben den Leuerungsziffern wurden auch noch andere Beschäftigte berücksichtigt, wie die in Bades, Kur-, Industrieorten usw.

Für die Orte unter 10000 Einwohnern waren in erster Linie die gutachtlichen Berichte der politischen Behörden grundlegend. Ein Antrag Delius-Radwille im Hauptauschuß des Reichstags fand Annahme, wonach die Einführung nach bestimmten Bestimmtheitsbedingungen vorzunehmen sei, weil das bisher bestende Verfahren eine einwandfreie, gerechte Lösung unmöglich machte. Bei der provisorischen Regelung wurde teilweise bereits nach dem Antrag Delius-Radwille verfahren. Seine weitere Anwendung bei der endgültigen Gesetzesgestaltung ist dringend geboten. Für die Einreichung sind vom Statistischen Reichsamt folgende Leuerungsbuchstaben festgelegt worden: für A 892, B 819, C 712, D 658.
Durch Beschluß des Hauptauschusses wurde der auf demokratische Art und Weise im Leben geführte (23.) Ausschuss für Beamtenangelegenheiten mit der Vorbereitung des endgültigen Ortsklassengesetzes beauftragt. Er sprach sich zunächst grundsätzlich dafür aus, daß statt der fünf Ortsklassen nur drei zu bilden seien. Die Regierung erklärte sich dagegen. In der nächsten Sitzung gegen Volkspartei, Zentrum und Reichspartei

Vorläufiger Abschluß der bayerischen Verhandlungen.

Nach keine Einigung.
Berlin, 8. September. (B. T. Z.) Die Beratungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung und der bayerischen Koalitionsparteien haben heute nachmittag einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die bayerischen Vertreter reisen heute abend nach München und werden das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Reichsregierung der bayerischen Regierung und dem bayerischen Ausschuss des Landtags unterbreiten, der am Samstag zusammentritt.

Weitere Zeitungserbote.

Durch Verfügung des Reichsministeriums des Innern wurde heute die in Halle erscheinende „Hessische Arbeiterzeitung“, das Organ der kommunistischen Partei für Hessen, Waldeck und Südhannover, verboten und durch die Kriminalpolizei beschlagnahmt bzw. am Erscheinen verhindert.

Sannover, 8. September. Oberpräsident Kosske hat das bayerische „Abtätigen Tageblatt“ wegen Verächtlichmachung des Reichspräsidenten unter 14 Tage verboten und die Beschlagnahme der Nr. 210 vom 8. September angeordnet.

Der „Hindende Herold“.

Umgehung des Verbots der „Obersächsischen Morgenpost“?
Gleitwitz, 8. September. (Zem.) Seit gestern erscheint als Partisanen der „Hindende Herold“ in Chemnitz in der „Hindende Herold“.

Berichtsbesprechung in Genf.

Eine Rede Lord Robert Cecil.
Genf, 8. September. In der heutigen Vormittagsung trat die Völkerbundversammlung in die erste große öffentliche Sitzung des Berichts ein, den der Völkerbundrat der Versammlung zugestellt hat. Damit steht die eigentliche Völkerbundarbeit im letzten Jahre vor öffentlicher Diskussion. Branning (Schweizer) eröffnete die Debatte mit einer längeren Rede, die eine sehr entzündliche Kritik an dem Bericht des Völkerbundrats darstellte. Er war die erste Oppositionsrede dieses Jahres. Bei aller Anerkennung hielt Branning die Feststellung für notwendig, daß der Völkerbund noch nicht den Wünschen der Weltöffentlichkeit Rechnung getragen habe. Man habe auch vielfach den Eindruck, daß die Beschlüsse nicht von ihm, sondern von anderer Stelle gefaßt worden seien.
Lord Robert Cecil, der wegen seines oft sensationellen Einwirkens im letzten Jahre mit Spannung erwartet wurde, hielt während einer sehr geringen Rede, in der verschiedene Berichtspunkte kritisch zur Sprache kamen, eine sehr interessante Rede in Genf. Er hob bei der Besprechung der Lokalfest des Rates die geschichtliche Bedeutung der Dantiger Angelegenheit hervor. Dann

Erklärung der Haltung aus, daß die ungemein wichtige oberste Frage auch eine gerechte Lösung finden möge.

Eine Einladung an de Valera.

London, 8. September. (B. T. Z.) In der Antwort der britischen Regierung an de Valera wird an diesen die Frage gestellt, ob er bereit sei, sich am 20. d. M. an der Konferenz in Zuerich zu beteiligen, um zu ermitteln, wie die Verbindung Irland und des britischen Reichs am besten mit den nationalen Bestrebungen der Irten in Einklang gebracht werden könnte.

Lord George wünscht unter allen Umständen Verständigung und Ausgleich; seine ganze Politik geht darauf hinaus, die Gegensätze zu überbrücken, die drei Standpunkte von einander trennen. Zum Verständnis des irischen Problems, das ein Problem des britischen Imperiums ist, muß beachtet werden, daß heute der Meinungsunterschied zwischen Belfast und Dublin ausgeprägter und schwerer zu überbrücken ist als der zwischen London und jedem der beiden feindlichen irischen Zentren. Das Unterparlament ist ausgeprochen unionistisch orientiert, während der „Daily Freeman“, der „Irish Tag“ de Valeras die ganze Unabhängigkeit der irischen Insel erheben will. Mit dem Ministerpräsidenten von Ulster, Sir James Craig, an sich ist Lord George jederzeit einig; er will aber nicht Ulster, er will ganz Irland. Und so wird er gezwungen, aus dem fühl wogenden Verstande des mit allen Waffen bewehrten Staatsmannes heraus an de Valeras Einfließen Konzessionen zu machen, die schmerzhaft oder nicht, einzig geeigneter sind, das Band, das das verirrte Königreich umgibt, zu zerhacken. De Valera ist nicht mehr Kolon, er ist ein ebenbürtiger Vertragspartner geworden, mit dem gemeinsam die mittlere Linie zu suchen ist, die auch die hauptsächlich wirtschaftlich orientierten Irten zutriebensfähig, und die Vergangenheit Englands spricht dafür, daß Lord George sie auch findet.

Die Behandlung der irischen Frage ist das laitiere Beispiel für die Vertiefung englischer Staatskunst. London hat seine Verständnis für den Nationalismus und die „Hades-Politik“ im Sinne verfallenen Vorkriegstums. Es erkennt die Grenzen seiner Macht im klaren Bild für die realen Verhältnisse und stellt sich demnach ein. Vier Jahre nach dem Vernichtungsschicksal von Vereeniging gab Campbell-Bannerman den Südafrikanern das Recht der Selbstverwaltung, und Emu und Borka wurden kreuz und hoch für einflussreiche Mitglieder des britischen Imperiums. Wird auch Irland auf gleiche Weise gewonnen werden?
Das ist die Lebensfrage. Ebenbürtige Spieler stehen sich gegenüber, und die Welt ist voll Spannung, weil sie weiß, daß nicht irgendwelche begrenzten Dingen, sondern Weltentscheidungen zur Debatte stehen.